

Mladić vor dem Richter, Bosnien vor dem Abgrund

Die apokalyptische Troika des Balkans gibt es nicht mehr – Bosnien und Herzegowina steht dennoch vor der Implosion. Die Konföderation könnte dabei durchaus Zukunft haben, Mut in den Staatskanzleien vorausgesetzt.

Wolfgang Petritsch
Christophe Solioz

Mehr als 15 Jahre nach dem Ende des Krieges in Bosnien und Herzegowina wurde endlich einer der in Europa meistgesuchten mutmaßlichen Kriegsverbrecher festgenommen. Da mit Radko Mladić auch der Letzte der apokalyptischen Troika Bosniens – nach Slobodan Milošević (2001 festgenommen) und Radovan Karadžić (2008) – an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ausgeliefert wurde, ist eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den einstigen Kriegsnationen möglich. Der gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte und Versöhnung steht nur noch wenig entgegen. Serbien kann sich nun auf den EU-Kandidatenstatus vorbereiten, Bosnien jedoch ist noch immer im Netz einer nicht enden wollenden Nachkriegsordnung verstrickt. Wiederkehrende Krisen bestimmen den Alltag der desillusionierten Bürger.

Der Gesamtstaat hat nach den Wahlen im Oktober 2010 noch keine Regierung; die Regierungsbildung in der muslimisch-kroatische Föderation wurde angefochten – von der Partei der bosnischen Kroaten wie von der Wahlkommission, überdies wurde überdies wurde die separatistisch orientierte „kroatische Nationalversammlung“ wiederbelebt.

Drohung aus der Provinz

Und schließlich drohte Milorad Dodik, die seit langer Zeit dominierende Figur in der Republika Srpska, ein Referendum über das Justizwesen abhalten zu lassen, das den Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina gefährdet hätte. Die EU sandte Catherine Ashton aus, um dieses Vorhaben zu stoppen. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik musste sich also höchstpersönlich in das bosnische Hinterland begeben, um einen Provinzpolitiker

zur Vernunft zu bringen. Diese Manöver haben als Hauptziel den bosnischen Staat zu destabilisieren und Reformen zu verhindern. Der Transitionsprozess zur Demokratie scheint deshalb keinen Fuß auf den Boden zu kriegen.

Zu den inneren Widerständen kommen die Ungeschicklichkeiten, wenn nicht die Absenz, der „Internationalen Gemeinschaft“ hinzu. Die USA sind anderweitig beschäftigt und zeigen wenig Lust, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die EU spricht noch immer nicht mit einer Stimme. Der Auswärtige Dienst der EU muss selbst erst seinen Weg finden.



W. Petritsch und Chr. Solioz: Ausöhnung und Neustart für Bosnien-Herzegowina. Fotos.: APA, CEIS

Es ist jetzt höchste Zeit aus dem bosnischen Labyrinth herauszukommen. Erstens, die Föderation Bosnien und Herzegowina, also die muslimisch-kroatische Entität (Teilrepublik), ist seit 2006 bankrott und steht kurz vor der Implosion. Es wird unumgänglich sein, eine der drei Körperschaften (Entität, Kantone, Gemeinde) abzuschaffen, um rationalere Institutionen aufzubauen, die den Gemeinden und Städte mehr Spielraum einräumen. Eine Regionalisierung auf diese Ebene sollte es ermöglichen, die Ansprüche der bosnischen Kroaten zu erfüllen, ohne eine dritte Teilrepublik zu schaffen. Es geht also darum, ein leckes Schiff wieder flottzubekommen und so die Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Entitäten auszugleichen.

Zweitens, das Büro des Hohen Repräsentanten, das seit einigen Jahren an Schlagkraft verloren hat, muss jetzt umgewandelt werden, sich von der bosnischen Tagespolitik entfernen und sich ausschließlich mit der Staatssouveränität beschäftigen. Die bosnischen Behörden müssen endlich alle

Kompetenzen übertragen bekommen, die ihnen jetzt noch vorenthalten werden. Ferner, die gegenwärtige Krise zeigt, dass die Überzeugungskraft der EU (Soft Power) die sogenannten Bonner Verfügungen ersetzen können.

Drittens, das Dayton-Abkommen, das den Krieg in Bosnien und Herzegowina im Jahr 1995 beendete, muss auf den Stand der heutigen Entwicklungen gebracht werden. Man sollte sich nicht davor scheuen, die Büchse der Pandora zu öffnen, um die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ans Licht zu bringen. Das Ziel der Verhandlungen muss ein Staat sein, der anstrebt, Mitglied der Europäischen Union zu werden.

Der Kompromiss lebt

Das ist unrealistisch, werden Zweifler einwenden. Bosnische Politiker haben jedoch bewiesen, dass sie zu Kompromissen fähig sind, beispielsweise, als es im Übereinkommen von Mrkovic-Sarajevo 2002 gelang, Verfassungsgesetze gegen ethnische Diskriminierung zu schaffen. Daher schlagen wir ein „Konklave“ unter der Führung der EU mit allen relevanten bosnischen Kräften und der Teilnahme Serbiens, Kroatiens, sowie jedenfalls der USA und der Türkei vor.

Die rote Linie, die nicht überschritten werden darf, ist bekannt: Man kann weder eine völlig Unabhängigkeit der Entitäten anstreben, noch eine radikale Zentralisierung. Zwischen diesen beiden Extremen, muss das Verhandlungsziel ein konföderales System sein.

Zwischen den Anhängern eines Interventionismus, die glauben, dass alleine das Handeln der Internationalen Gemeinschaft die Implosion in Bosnien verhindern kann, und jenen, die im Gegensatz dazu alleine die Bosnier für ihre Zukunft verantwortlich sehen, sind wir überzeugt, dass es einen Mittelweg gibt: jenen der geteilten Verantwortung, einer Partnerschaft, die die Irrtümer der Vergangenheit überwindet, um das Land Brüssel näherzubringen.

WOLFGANG PETRITSCH, der ehemalige Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, ist derzeit Leiter der ständigen Vertretung Österreichs bei der OECD in Paris.

CHRISTOPHE SOLIOZ ist Generalsekretär des Zentrums für Europäische Integrationsstrategien (CEIS) in Genf.

DAS AKTUELLE BUCH

Blick in die Abgründe des Putinismus

Er hätte sich rechtzeitig ins Ausland absetzen und damit retten können. Denn Michail Chodorkowski war gewarnt. Schon im Jahr 2000 machte der neue russische Präsident Wladimir Putin den einbestellten Oligarchen klar, dass sie sich mit Konsequenzen rechnen müssten, wenn sie in die Politik einmischten. Adressat der deutlichsten Drohung war Chodorkowski, Chef des Ölkonzerns Yukos und damals reichster Mann Russlands mit sozialem Engagement und politischen Ambitionen.

Chodorkowski wird bis 2016, dem Jahr der übernächsten Präsidentschaftswahlen, im Gefängnis bleiben. In zwei politischen Schauprozessen erhielt er wegen Steuerhinterziehung, Betrugs und Öldiebstahls insgesamt 14 Jahre Haft, die jüngst im Berufungsverfahren auf 13 Jahre reduziert wurden.

Jeden Tag bereue er seine Entscheidung, nicht zu fliehen, schreibt Chodorkowski in seinen soeben erschienenen Briefen aus dem Gefängnis. Und zugleich bereue er sie nicht. „Ich hätte mit einer Ausreise nicht leben

können.“ Die Geschehnisse, die Chodorkowski in seinen Briefen reflektiert, seine Visionen für die Zukunft des Landes dokumentieren ein janusköpfiges Russland: jenes des realen Putinismus, in dem Unsicherheit und Misstrauen der Machtelite gegenüber dem eigenen Volk die Hauptantriebskräfte sind; und jenes, das in Pluralismus, Offenheit und Medienfreiheit den einzigen Weg zu nachhaltiger Modernisierung sieht.

Über den derzeitigen Präsidenten Dmitri Medwedew schrieb die prominente Schriftstellerin Ljudmila Ulitzkaja, mit der Chodorkowski wie mit anderen Intellektuellen einen Briefwechsel führte: „Wenn sie Chodorkowski freilassen, dann ist Medwedew ein unabhängiger Politiker. Falls nicht, ist er eine Marionette.“ Chodorkowski bleibt in Haft. Seine Briefe sind trotz der Abgründe, in die sie blicken lassen, Dokumente der Hoffnung.

Josef Kirchengast

Michail Chodorkowski: „Briefe aus dem Gefängnis“. Aus dem Russischen von Birgit Veit und Ganna-Maria Braungardt. Knaus 2011, 20,60 Euro



Sarajevo im Februar 1996 (oben) und im Mai 2011: Oberflächlich ist manches besser geworden, Perspektiven fehlen aber. Foto: Reuters

HANS RAUSCHER

Grasser wurde lange geschont, jetzt nicht mehr



Die verfolgte Unschuld hat er immer noch gut drauf, die scheinplausible Empörung auch. Und die Verschleierung von Tatsachen natürlich ganz besonders. Dennoch hat Karl-Heinz Grasser – wie jeder Beschuldigte – ein Anrecht auf Gehör, auch und gerade durch die kritischen Medien. Allerdings muss man bei ihm – wie immer – den kleinen, sehr kleinen Kern der Realität von seinen bombastischen Behauptungen trennen, um zu einem halbwegs brauchbaren Ergebnis zu kommen.

Grasser hat schon ein bisschen recht. Die Justiz und die Finanzbehörden gehen jetzt anders mit ihm um als früher, nämlich härter. Vielleicht neuerdings auch ein bisschen unfair. Daraus bastelt KHG ein Drama mit ihm als dem größten Opfer einer brutalen Diktatur seit Nelson Mandela. „Man will mich existenziell vernichten“, durch die Justiz usw.

Die Wahrheit ist: Die Finanzbehörden und die Justiz haben in Grassers Finanzministerzeit und noch Jahre danach seine höchst fragwürdigen Aktivitäten mit Weichspüler behandelt. Seit aber die Indizien immer dichter, der Korruptionsgeruch immer stärker, der Anschein der politischen Begünstigung immer augenfälliger wurde und die Medien (auch einst wohlgesinnte) immer kritischer – seither hat die Justiz eine andere, schärfere Gangart eingelegt. Und sie greift, um den Eindruck der Begünstigung zu verwischen, zu populistischen Maßnahmen, wie eben der Bekanntgabe von Hausdurchsuchungen per Presseaussendung.

Aber Hausdurchsuchungen sind in einem so großen Fall – es geht konkret um den Verdacht der Steuerhinterziehung in Millionenhöhe, und zwar teilweise noch als Finanzminister – etwas vollkommen Normales. Grasser wurde lange auffällig geschont, jetzt geht es in die andere Richtung.

Eine kurze Rekapitulation. Noch als Finanzminister lässt sich Grasser von einer mächtigen Interessenvertretung, der Industriellenvereinigung, eine Homepage um fast 300.000 Euro schenken. Untergebene und die Staatsanwaltschaft waschen in rein.

Jahre später sagt im Immobilien-Skandal ein Manager aus, es seien bei der Privatisierung der Buwog enorme Provisionen an die Freunderln des zuständigen Finanzministers Grasser geflossen. Die Justiz tut ein Dreivierteljahr nichts. Dann entwickelt ein Staatsanwalt einen gewissen Untersuchungseifer – und hast-du's nicht-gesehen verlässt der die Justiz und geht als Konzipient (!) zu einem Anwalt.

Die Klagenfurter Staatsanwaltschaft wollte lange den Superschnitt nicht angreifen, den eine Insiderpartie, darunter auch Grasser – „im Auftrag meiner Schwiegermutter“ (!) – bei der Kapitalerhöhung der Hypo Alpe Adria gemacht hat. Jetzt werden doch Konten geöffnet.

Der Verdacht liegt auf der Hand, dass Grasser zu nächst lange von der Justiz (mit politischer Rückenbedeckung) geschützt wurde und nun, nachdem das einfach aus sachlichen Gründen nicht mehr geht, das Steuer herumgerissen wird – die österreichische Form des „Natürlich war und ist da Politik im Spiel“. An der zugrundeliegenden massiven Verdachtslage ändert das nichts.

hans.rauscher@derstandard.at